



**Deutsches
Rotes
Kreuz**

**DRK-Landesverband
Niedersachsen e.V.**

DRK-Landesverband Niedersachsen e.V. Erwinstr. 7 30175 Hannover

An alle

DRK-Kreisverbände und

DRK-Schwesternschaften im Bereich des

DRK-Landesverbandes Niedersachsen e.V.

sowie

die Gesellschaft für soziale Einrichtungen des

DRK-Landesverbandes Niedersachsen gGmbH

und deren Heime und Einrichtungen

Erwinstr. 7
30175 Hannover
Tel. 0511 / 280 00 - 0
Fax 0511 / 280 00 - 177
www.drklvnds.de
info@drklvnds.de

Leiter der Abteilung III
Sozialarbeit
Claus-Dieter Dörlitz

Hannover, 03.01.2013

Unser Zeichen
Dö

Tel. 0511 / 28000 - 301
Fax 0511 / 28000 - 377
clausdieter.doerlitz@drklvnds.de

Rundschreiben-Nr. III / 1 – 2013

Sozialarbeit

Die Bedeutung der Sozialwirtschaft und der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen

Anlage: 1

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Sozialwirtschaft gehört zu den größten Arbeitgebern in Niedersachsen; das wissen die wenigsten Menschen. Ebenso wissen viele Menschen nicht, dass

- die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege eine wichtige Doppelrolle wahrnehmen, indem sie einerseits als Anbieter sozialer Dienstleistungen für eine wertorientierte Angebots- und Trägervielfalt sorgen, und andererseits als ‚Sozialanwalt‘ für die Interessen von benachteiligten Menschen und eine Verbesserung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eintreten;
- der schon lang anhaltende Kostendruck die flächendeckende Versorgung der niedersächsischen Bevölkerung mit z.B. ambulanten Pflegeleistungen gefährdet und
- der Branche ein Fachkräftemangel droht.

Vor diesem Hintergrund hatte die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen e.V. (LAG FW) im letzten Jahr ein Institut beauftragt, „im Rahmen einer Studie die Strukturen und Dynamiken der Sozialwirtschaft in Niedersachsen zu untersuchen (und) ... dabei die spezifische Bedeutung der freigemeinnützigen Träger herauszuarbeiten und darzustellen, welche

besonderen Herausforderungen sich für dieses Segment durch den demographischen Wandel, die finanzwirtschaftlichen Weichenstellungen und die veränderten Wettbewerbsbedingungen ergeben.“

Die Ergebnisse der Untersuchung sind von der LAG FW als Broschüre veröffentlicht worden.

Die Broschüre „Die Bedeutung der Sozialwirtschaft in Niedersachsen“ ist diesem Rundschreiben als PDF-Datei angefügt. Sie macht deutlich, dass gerade die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege ihre Verantwortung auch in den finanziell weniger lukrativen Bereichen und Gegenden wahrnehmen und damit „die Gesellschaft vor erheblichen sozialen und materiellen Kosten bewahrt. Der Staat ist daher gefordert, die Freien Wohlfahrtsverbände mit ausreichenden finanziellen Mitteln in langfristiger Perspektive auszustatten.“

Wir empfehlen die Broschüre Ihrer Aufmerksamkeit und regen darüber hinaus an, zu den einzelnen Themenbereichen (über Ihre Kreisarbeitsgemeinschaft) das Gespräch mit der Kommunalpolitik und/oder Ihren Landtagsabgeordneten zu suchen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Claus-Dieter Dörlitz
Leiter der Abteilung III
Sozialarbeit



LAG·FW



Freie Wohlfahrtspflege in Niedersachsen

Gemeinsam wirtschaftlich – menschlich – sozial stark handeln

Die Bedeutung der Sozialwirtschaft in Niedersachsen



Gemeinsam stark handeln



Die hier vorliegende Studie zur Sozialwirtschaft in Niedersachsen zeigt eindrucksvoll das Wirken der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege (AWO, Caritas, Diakonie, DRK, Jüdische Wohlfahrt, Paritätischer) in Niedersachsen in gesellschaftlicher und ökonomischer Sicht.

Mit mehr als 230.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie über 50.000 ehrenamtlich Tätigen sind wir einer der größten Arbeitgeber in Niedersachsen überhaupt und leisten einen wesentlichen Beitrag zur volkswirtschaftlichen Wertschöpfung für ein „Soziales Niedersachsen“.

Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege orientieren sich unabhängig von ihrer religiösen oder weltanschaulichen Überzeugung an der Würde des Menschen, der sozialen Gerechtigkeit, Solidarität und Subsidiarität.

AWO, Caritas, Diakonie, DRK, der Landesverband der Jüdischen Wohlfahrt und der Paritätische verstehen sich zum einen als verlässlicher Partner des Staates, als Anwalt für die Betroffenen und als wesentlicher Akteur der Daseinsvorsorge und darüber hinaus als ökonomische Kraft für den Wirtschafts- und Arbeitsmarktstandort Niedersachsen.

Die Studie macht deutlich, dass die Freie Wohlfahrtspflege auch Ihre Verantwortung in den wenig lukrativen Bereichen der Sozialwirtschaft übernimmt. Hier zeigt sich, dass die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege jetzt und für die Zukunft ihre gesellschaftliche Aufgabe wahrnehmen.

Ich danke ganz besonders den Mitgliedern des LAG Fachausschusses „Finanzen“ und den Mitgliedern des Vorstandes der LAG FW sowie der CIMA für die Erstellung dieser Studie.

Wir wünschen uns eine rege und breite öffentliche Diskussion über die Bedeutung der Sozialwirtschaft in Niedersachsen.

Rifat Fersahoglu-Weber
Vorsitzender

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	S. 2
2	Rahmenbedingungen – Akteure, Organisation und Finanzierung der Sozialwirtschaft	S. 5
3	Wirtschaftliche Bedeutung und Struktur der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen	S. 9
4	Perspektiven der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen	S. 19



Einleitung



Die ökonomische Diskussion über den Sozialstaat wird überwiegend verkürzt unter dem Gesichtspunkt der Kosten geführt. Kaum Beachtung findet dagegen die Tatsache, dass von den sozialwirtschaftlichen Aktivitäten auch erhebliche arbeitsplatzschaffende Wirkungen und Wertschöpfungseffekte ausgehen. Mit einem zweistelligen Anteil an der Gesamtbeschäftigung war die Sozialwirtschaft im Jahr 2011 einer der größten Arbeitgeber überhaupt. Diese Befunde legen es nahe, den Bereich der Sozialwirtschaft in Niedersachsen aus ökonomischer Sicht zu untersuchen und möglichst differenziert darzustellen.

Die Sozialwirtschaft umfasst den Teil des Wirtschaftssystems, der sich mit der Bewältigung sozialer Probleme, insbesondere durch die Erbringung von Humandienstleistungen, befasst und auf die Produktion von individueller und gemeinschaftlicher Wohlfahrt abzielt. Beide Aspekte, sowohl der ökonomische als auch der soziale, müssen bei der Betrachtung in den Blick genommen werden. Nach der Abgrenzung der Wirtschaftszweigesystematik des Statistischen Bundesamtes zählen zur Sozialwirtschaft das Gesundheitswesen (z. B. Krankenhäuser, Arzt und Zahnarztpraxen), Heime (z. B. Pflegeheime, Altenheime) sowie das Sozialwesen (z. B. soziale Betreuung älterer Menschen und Behinderter).

Die Nachfrage nach sozialen Dienstleistungen war in den zurückliegenden Jahrzehnten von einem starken Wachstum gekennzeichnet und wird nach vorliegenden Prognosen auch in Zukunft eine hohe Dynamik aufweisen. Ursache hierfür waren in der Vergangenheit, neben politischen Weichenstellungen, der soziale Wandel (höhere Nachfrage nach Kinder-, Jugend- und Familienhilfe) und insbesondere der demografische Wandel (Alterung). Zumindest letzterer wird auch in Zukunft zu einer dynamischen Nachfrage zugunsten der Dienstleistungen der Sozialwirtschaft führen, weil sich die Alterungsprozesse in der Gesellschaft noch weiter beschleunigen.

Zu den Besonderheiten der Sozialwirtschaft in Deutschland zählt die plurale Struktur der Träger sozialer Dienstleistungen. Als Anbieter sozialer Dienstleister koexistieren öffentliche, private und freigemeinnützige Träger. Letztere werden in Deutschland durch die sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege Arbeiterwohlfahrt (AWO), Diakonisches Werk, Caritas, Paritätischer

Wohlfahrtsverband, Deutsches Rotes Kreuz (DRK) und die Zentrale Wohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) repräsentiert. Die freigemeinnützigen Wohlfahrtsverbände vermitteln zwischen dem formellen Sektor (Markt und Staat) und dem informellen Sektor (Nachbarschaft, Selbsthilfe etc.).

Im Hinblick auf die Marktzugangsmöglichkeiten und die Ressourcenausstattung bestehen traditionell unterschiedliche Bedingungen für öffentliche, private und freigemeinnützige Träger. Das bis heute im Grundgesetz verankerte Sozialstaatsprinzip (Art. 20 Abs. 1 GG) ist eine weitreichende gesellschaftspolitische Weichenstellung. Ziel des Sozialstaatsprinzips ist die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit, die eine wesentliche Voraussetzung für die Würde des Menschen und seine rechtsstaatliche Freiheit darstellt. Aufgrund der Leistungen für das Gemeinwesen ist die Freie Wohlfahrtspflege als wichtiger Bestandteil des Sozialstaates anerkannt und wird gemäß dem Subsidiaritätsprinzip den öffentlichen Trägern bei der Leistungserstellung vorangestellt. Zur Finanzierung der sozialen Dienstleistungen der freigemeinnützigen Träger werden im Wesentlichen die Leistungsentgelte aus den Sozialversicherungen und staatliche Zuschüsse herangezogen.

Seit Inkrafttreten der Pflegeversicherung im Jahre 1995 und weiteren Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen in der Folgezeit drängen zunehmend private Anbieter in einzelne Segmente der Sozialwirtschaft, die seit Jahrzehnten vorrangig von Trägern der Freien Wohlfahrtspflege besetzt waren. Von den Veränderungen des Sozialwesens am stärksten betroffen sind die Bereiche der ambulanten und der stationären Pflege, die Kinder- und Jugendhilfe, der Bereich der Vorsorge- und Reha-Einrichtungen sowie mit zunehmender Tendenz auch der Krankenhaussektor, in denen die gesetzlich verankerte Vorrangstellung der Freien Wohlfahrtspflege bedroht oder bereits verloren gegangen ist.

Mit der Verschärfung des Wettbewerbs in der Sozialwirtschaft war in den zurückliegenden Jahren sowohl eine Ökonomisierung in der Organisation sozialer Dienstleistungen als auch eine Kommerzialisierung des Sozialwesens insgesamt deutlich erkennbar. Diese Entwicklung war von einer Neuordnung der sozialen Dienstleistungsorganisation begleitet. Während einer-

seits Qualitätsmanagement, Kundenorientierung und Qualitätssicherung als Zeichen der Ökonomisierung und des Wettbewerbs in der Wohlfahrtspflege Einzug gehalten haben und in diesem Umfeld die Dienstleistungsfunktion an Bedeutung gewinnt, drohen andererseits durch die Kommerzialisierung des Sozialwesens klassische Charakteristika der Wohlfahrtsverbände in den Hintergrund zu geraten. Als reiner Dienstleister würde die Freie Wohlfahrtspflege jedoch ihrer Verantwortung bei der gesetzlich verankerten Mitgestaltung des Sozialwesens und der Gewährleistung der Daseinsvorsorge sowie ihrer anwaltschaftlichen Funktion nicht mehr in der bisherigen Weise nachkommen können.

Zusätzlich zur innerdeutschen Sozialstaatsdebatte wird die Wettbewerbsposition der Freien Wohlfahrtspflege auch auf europäischer Ebene zur Disposition gestellt. Flankiert werden die europäischen Debatten von der Frage, ob die Sonderstellung freigemeinnütziger Träger

mit dem europäischen Wettbewerbsrecht vereinbar ist. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben als wesentlicher Bestandteil des Sozialwesens in Niedersachsen braucht die Freie Wohlfahrtspflege in Zukunft jedoch einen gesicherten und planbaren Finanzierungsrahmen durch den Staat.

Vor diesem Hintergrund hat die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen e.V. die CIMA Institut für Regionalwirtschaft GmbH im Frühjahr 2012 beauftragt, im Rahmen einer Studie die Strukturen und Dynamiken der Sozialwirtschaft in Niedersachsen zu untersuchen. Dabei ist auch die spezifische Bedeutung der freigemeinnützigen Träger herauszuarbeiten und darzustellen, welche besonderen Herausforderungen sich für dieses Segment durch den demografischen Wandel, die finanzwirtschaftlichen Weichenstellungen und die veränderten Wettbewerbsbedingungen ergeben.



Rahmenbedingungen – Akteure, Organisation und Finanzierung der Sozialwirtschaft

Sozio-Demografischer Wandel
Wettbewerb
Finanzierung

S. 6
S. 6
S. 7

Die Freie Wohlfahrtspflege besitzt in Deutschland als Teil des Non-Profit-Sektors eine gesetzlich verankerte Vorrangstellung gegenüber privaten und öffentlichen Trägern. Allerdings sehen sich alle Akteure der Sozialwirtschaft heute einer Reihe von Herausforderungen gegenüber, die erhebliche Auswirkungen auf ihre bisherige Arbeit mit sich bringen. So beeinflussen Veränderungen der Sozialstruktur sowohl die Angebots- als auch die Nachfrageseite sozialer Dienstleistungen. Die Übertragung einer ökonomischen Verwertungslogik auf zahlreiche Aufgaben, die bislang überwiegend von staatlichen oder freigemeinnützigen Organisationen übernommen wurden, führt zu einem steigenden Kostendruck. Diese Entwicklung bedroht im Zusammenhang mit der strukturellen Unterfinanzierung öffentlicher Haushalte die künftige Entwicklung eines qualitativ hochwertigen Leistungsportfolios der Freien Wohlfahrtspflege.

Sozio-Demografischer Wandel

Ein wesentlicher Faktor des sozio-demografischen Wandels ist die Alterung der Gesellschaft. So wird die Zahl der über 64-Jährigen in Niedersachsen nach Prognosen bis zum Jahr 2030 um mehr als ein Drittel wachsen, noch etwas stärker dürfte der Anteil der über 79-Jährigen auf dann 8 Prozent steigen. Damit verbunden ist auch eine höhere Zahl Pflegebedürftiger, die in Niedersachsen nach einer Prognose des statistischen Landesamtes von rund 240.000 in 2007 um 46 Prozent auf ca. 350.000 in 2030 zunehmen wird.

Da in Deutschland die Elterngenerationen seit Jahren schrumpfen, die Geburtenrate aber konstant (niedrig) bleibt, werden auch künftig für absehbare Zeit sinkende Geburtenzahlen zu erwarten sein. Seit den 1990er Jahren hat die Altersgruppe der unter 3-Jährigen in Niedersachsen von 250.000 auf heute nur noch 190.000 abgenommen. Dennoch ist das Bundesland weit davon entfernt, die vereinbarte Zahl von Betreuungsplätzen für 35 Prozent dieser Kinder (aktuell 18,6 Prozent) bis 2013 zu erreichen. Dafür müssen landesweit noch weitere 30.000 Plätze geschaffen werden.

Insgesamt wird in Niedersachsen den Prognosen zufolge die Zahl der 6- bis unter 14-jährigen Kinder bis 2030 um rund ein Viertel auf 500.000 sinken, bei den Jugend-

lichen wird der Rückgang mit knapp einem Drittel sogar noch deutlicher ausfallen.

Aber auch veränderte Familienstrukturen wirken sich auf die Arbeit der Freien Wohlfahrtspflege aus. Vor allem die Zahl der Ein-Eltern-Familien nimmt zu. Alleinerziehende finden eher in den Großstädten eine entsprechende Infrastruktur, auf dem Land bleibt ihr Anteil deutlich geringer. Rund 60 Prozent der Alleinerziehenden sind berufstätig, das trifft inzwischen aber auch für Mütter in Paarfamilien in nahezu gleichem Ausmaß zu und regt die Nachfrage nach Kinderbetreuungsplätzen an.

Alleinerziehende zählen neben Kindern, jungen Erwachsenen, großen Familien, Erwerbslosen, Geringqualifizierten und Migranten zu den Bevölkerungsgruppen mit erhöhtem Armutsrisiko. Ende 2011 bezogen rund 685.000 Menschen in Niedersachsen Leistungen nach SGB II oder SGB XII.

Auf dem Arbeitsmarkt zeigen sich die Auswirkungen des sozio-demografischen Wandels auch im Hinblick auf die Verfügbarkeit qualifizierter Kräfte für die Sozialwirtschaft. Bis 2030 wird trotz leicht steigender Zuwanderung in Deutschland eine Abnahme des Erwerbspersonenpotenzials um 10 Prozent prognostiziert.

Niedersachsen verbucht zudem noch deutliche Wanderungsverluste bei den Berufsanfängern. Demgegenüber steigt der Bedarf an Fachkräften im Gesundheits- und Sozialwesen. Inzwischen ist fast die Hälfte der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in diesem Bereich heute 45 Jahre oder älter. Auch angesichts der oft hohen Beanspruchung des Personals und einer dadurch eher geringen Verweildauer im Beruf, ist für die kommenden Jahre ein erheblicher Bedarf an Nachwuchskräften zu erwarten.

Wettbewerb

Der zentrale Gedanke der sozialen Gerechtigkeit ist bis heute im Grundgesetz verankert. Die Freie Wohlfahrtspflege, als wichtiger Bestandteil des Sozialstaates, genoss jahrzehntelang einen bedingten Vorrang gegenüber privaten und öffentlichen Trägern. Mit der „Modernisierung“ von Staat und Verwaltung in Deutschland in

den 1990er Jahren, erfolgte durch die Abkehr von der Zuwendungs- zur Leistungsfinanzierung und die Ausweitung des Subsidiaritätsprinzips faktisch die Gleichstellung gewerblicher und freigemeinnütziger Träger.

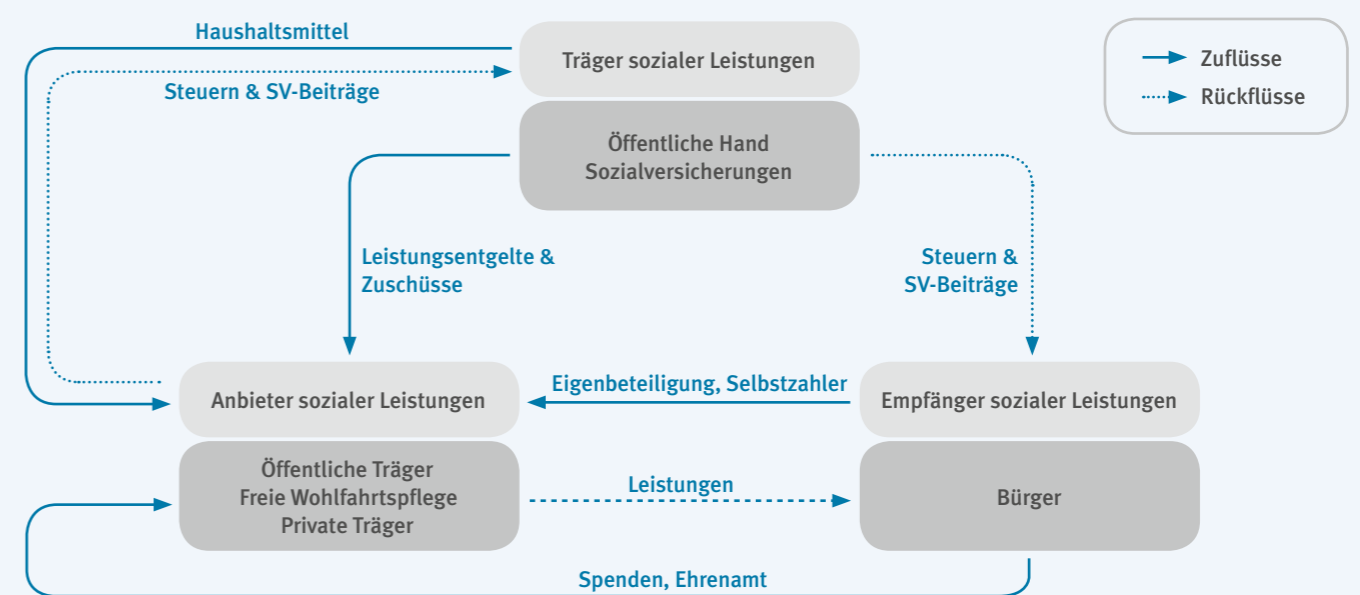
Das Eindringen privater Anbieter in lukrative Bereiche des Gesundheits- und Sozialwesens bedroht in vielen Fällen die bisherige Vorrangstellung der Freien Wohlfahrtspflege. Die zunehmende Ökonomisierung sozialer Dienstleistungen führt zu einem steigenden Druck auf die Personalkosten und einer verschärften Konkurrenz um Fachkräfte. Mit der Kommerzialisierung des Sozialwesens werden jedoch wichtige Aufgaben der Wohlfahrtsverbände gefährdet, die weit über das Leistungsspektrum privater Anbieter hinausgehen und deren Stellenwert sich nicht allein in ökonomischen Kennziffern ausdrücken lässt. Hierzu zählen Aufgaben wie die Daseinsvorsorge oder die anwaltschaftliche Funktion für benachteiligte Menschen. In dem Maße jedoch, in dem die Freien Wohlfahrtsverbände den gesetzlichen Vorgaben gemäß mehr wirtschaftliche Dienstleistungen erbringen, droht ihnen womöglich die Einstufung nach dem europäischen Wettbewerbsrecht als wirtschaftlicher Dienstleister.

Damit wäre wiederum das wichtige finanzielle Standbein der öffentlichen Zuwendungen bedroht.

Finanzierung

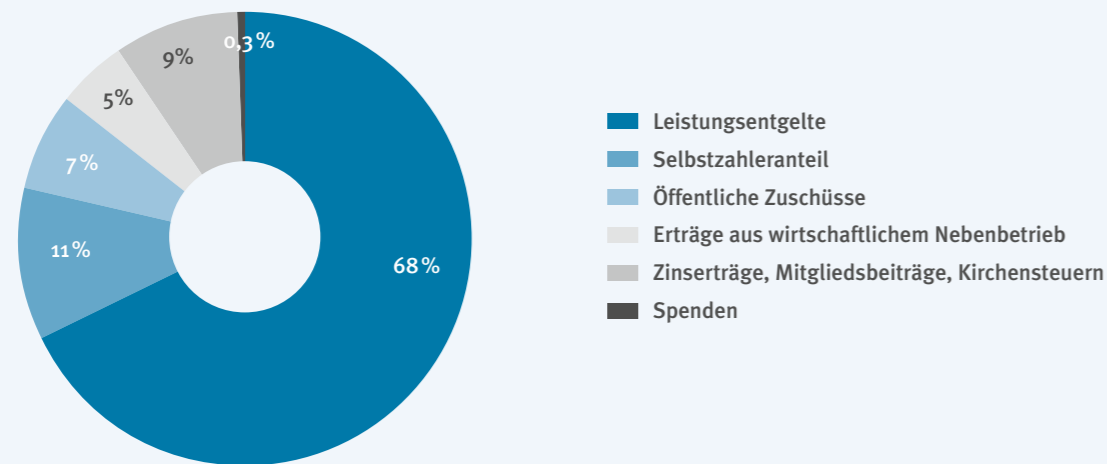
Die freigemeinnützigen Organisationen finanzieren sich überwiegend durch Leistungsentgelte. Diese umfassen vor allem Steuermittel, Leistungen aus der Sozialversicherung (die Rund zwei Drittel der Gesamteinnahmen ausmachen) und Eigenmittel der „Kunden“. Dazu kommen öffentliche Mittel, die der Sicherstellung des laufenden Betriebs und der Finanzierung von Investitionen der Wohlfahrtsverbände dienen, sowie Einnahmen aus wirtschaftlichem Nebenbetrieb, Mitgliedsbeiträge u. a. m. Durch die Sozialversicherungsbeiträge und Lohnsteuer der Beschäftigten sowie die Umsatzsteuer auf diverse Leistungen fließen jedoch 40 bis 50 Prozent der aufgewendeten Mittel an die öffentliche Hand zurück. Hinzu kommen indirekte regionalwirtschaftliche Effekte u. a. durch die beschäftigungspolitische Wirkung der Sozialwirtschaft, die eine Vervielfachung des Mittelrückflusses erkennen lassen.

Abb. 1: Finanzbeziehungen der Sozialwirtschaft



Darstellung: CIMA Institut für Regionalwirtschaft.

Abb. 2: Finanzierungsstruktur der Sozialwirtschaft



Quelle: Sozialwirtschaftsbericht Thüringen, April 2012, Erfurt. Darstellung am Beispiel Thüringens (2010): CIMA Institut für Regionalwirtschaft.

Die Wohlfahrtsverbände sind nicht gewinnorientiert, müssen allerdings eine Rendite erwirtschaften, um der Gefahr des „Substanzverzehr“ zu begegnen. Dabei fließen die Überschüsse jedoch direkt in die jeweilige Einrichtung zurück und werden in soziale Dienstleistungen reinvestiert.

Mit der Umstellung von der Institutionenförderung hin zu einer Leistungs- und Zuwendungsfinanzierung ist auch eine wachsende Unsicherheit für die Freien Wohlfahrts-

verbände bei der Personal- und Organisationsentwicklung verbunden. Da gleichzeitig eine Deckelung der öffentlichen Ausgaben im zuwendungsfinanzierten Bereich erfolgte, steigt der Bedarf an Fremdkapital. Bei einer weiteren Verengung des finanziellen Handlungsspielraums wäre die flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung gefährdet. Hier gilt es von Seiten des Gesetzgebers, neue Möglichkeiten der Finanzierung zu eröffnen.

Auf den Punkt

Der sozio-demografische Wandel wird spürbare Auswirkungen auf die Sozialwirtschaft haben. Ein höherer Anteil älterer Menschen führt auch zu einer höheren Nachfrage an entsprechenden Gesundheits- und Pflegeleistungen. Obwohl weniger Kinder geboren werden, steigt aufgrund gesetzlicher Regelungen und veränderter Familienstrukturen der Betreuungsbedarf für Kinder. Demgegenüber verschärft sich der Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte auch in der Sozialwirtschaft.

Private Anbieter drängen primär in die für sie lukrativen Bereiche der Sozialwirtschaft. Diese Ökonomisierung wird den spezifischen Erfordernissen der sozialen und

Gesundheits-Arbeit jedoch nicht gerecht. Die Freie Wohlfahrtspflege kann diesen Preiswettbewerb gar nicht in vollem Umfang führen, weil sie dabei die Flächendeckung und Qualität ihrer Arbeit sowie ihre ergänzenden, wirtschaftlich nicht so attraktiven Angebote und damit letztendlich auch den Status ihrer Gemeinnützigkeit gefährden würde.

Daher ist der Gesetzgeber gefordert, den freigemeinnützigen Trägern eine ausreichende Finanzierung ihrer gemeinwohlorientierten Arbeit zu ermöglichen. Ohnehin fließt der überwiegende Teil der öffentlichen Mittel wieder zurück.



Wirtschaftliche Bedeutung und Struktur der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen

Sozialwirtschaft insgesamt
Freie Wohlfahrtspflege
Tätigkeitsfelder

S. 10
S. 11
S. 11

3

Sozialwirtschaft insgesamt

Die Sozialwirtschaft hat in Niedersachsen eine überdurchschnittliche Bedeutung. Mit einer Bruttowertschöpfung von 16,2 Mrd. Euro in 2010 liegt ihr Anteil von 8,4 Prozent an der gesamtwirtschaftlichen Leistung über dem des Verkehrs oder Baugewerbes und selbst über dem der Automobilindustrie (ohne Zulieferer). Gegenüber dem Jahr 2000 bedeutet dieser Wert eine Zunahme um 44 Prozent (Wirtschaft Niedersachsen gesamt plus 13 Prozent), während die Sozialwirtschaft bundesweit eine etwas geringere Zunahme um immerhin 38 Prozent verbuchen konnte.

Die Sozialwirtschaft zählt zu den beschäftigungsintensivsten Branchen in Niedersachsen. Mit 288.900 Beschäftigten (ohne Arztpraxen) betrug ihr Anteil an allen Wirtschaftszweigen 11,4 Prozent. Davon entfallen auf das Gesundheitswesen (vor allem die Krankenhäuser) 48 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Beschäf-

tigten in der Sozialwirtschaft und auf die Heime 34 Prozent. Die höchsten Zuwächse in den letzten Jahren (seit 2008) wurden in der Pflege mit einem Plus von 36,8 Prozent verzeichnet.

In der niedersächsischen Sozialwirtschaft ist der Anteil der Frauen mit 77,9 Prozent stark überdurchschnittlich ausgeprägt. Auch die Teilzeitquote liegt in der Branche mit 41,1 Prozent sogar fast doppelt so hoch wie in der Gesamtwirtschaft.

Die Sozialwirtschaft zeigt im Vergleich zu anderen Branchen zwar einen relativ niedrigen Anteil an geringfügig Beschäftigten (7,2 Prozent in Niedersachsen), allerdings stiegen die Zahlen seit 2008 um 12,2 Prozent deutlich überproportional an. Die höchsten Zuwächse gab es in der Pflege.

Die Verdienste in der Sozialwirtschaft liegen leicht über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt, allerdings nur

im Gesundheitswesen und bei den Vollzeitkräften. Auch bei den Gehaltssteigerungen seit 2008 liegen die Gesundheitsberufe mit 8,6 Prozent in Niedersachsen an der Spitze. Das Sozialwesen (ohne Heime) konnte mit einem Plus von 8,2 Prozent einen Teil des bisherigen Rückstands aufholen.

Freie Wohlfahrtspflege

Die sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege beschäftigten in den Bereichen Pflege, Heime und Tagesstätten, Beratung und Betreuung, Berufliche Rehabilitation und Verwaltung im Jahr 2011 (nach den Daten der Berufsgenossenschaft) in Niedersachsen mehr als 189.800 Arbeitnehmer und 52.000 Ehrenamtliche. Hinzu kamen noch 5.100 Ein-Euro-Jobber. Zuzüglich der in Kliniken beschäftigten Arbeitskräfte erhöht sich die Zahl auf 283.900 Tätige in der Freien Wohlfahrtspflege. Die Freie Wohlfahrtspflege ist nicht nur im Rahmen der

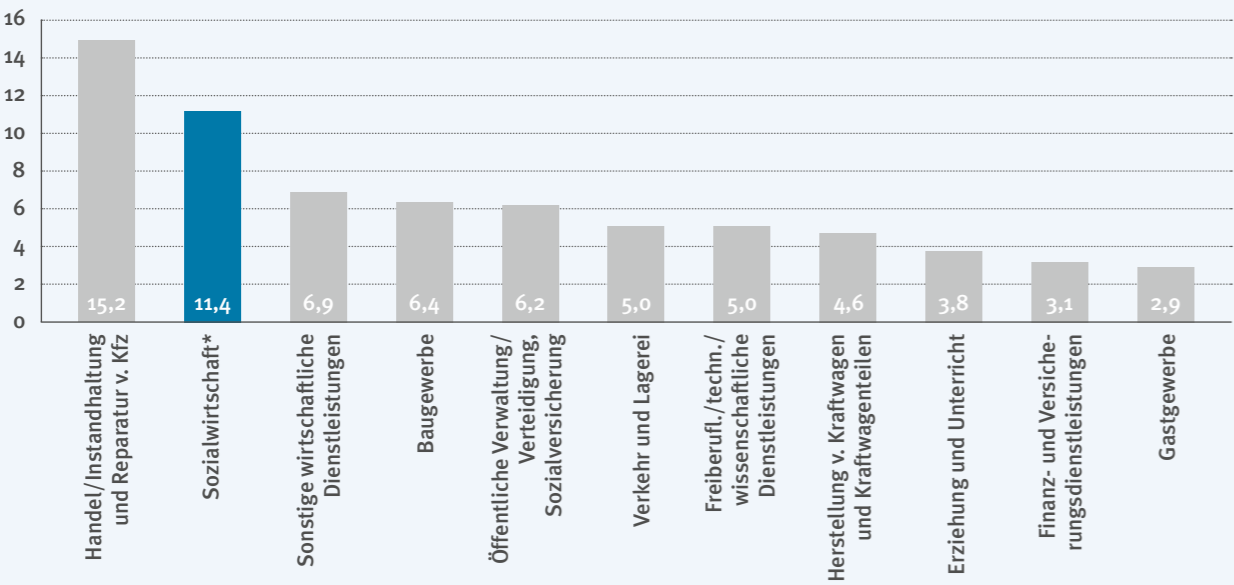
Sozialwirtschaft, sondern auch im Hinblick auf die Gesamtwirtschaft ein bedeutender Akteur. Ihr Beschäftigtenanteil an der Sozialwirtschaft (ohne Arzt- und Zahnarztpraxen) insgesamt beträgt rund 40 Prozent, das bedeutet ungefähr 3 Prozent an der gesamten Bruttowertschöpfung und rund 4,5 Prozent an der Gesamtbeschäftigung in Niedersachsen. Hinzu kommen allerdings noch erhebliche regionalökonomische Effekte der Sozialwirtschaft auf die Beschäftigung und das regionale Einkommen, die sich schwer quantifizieren lassen.

Tätigkeitsfelder

Pflege

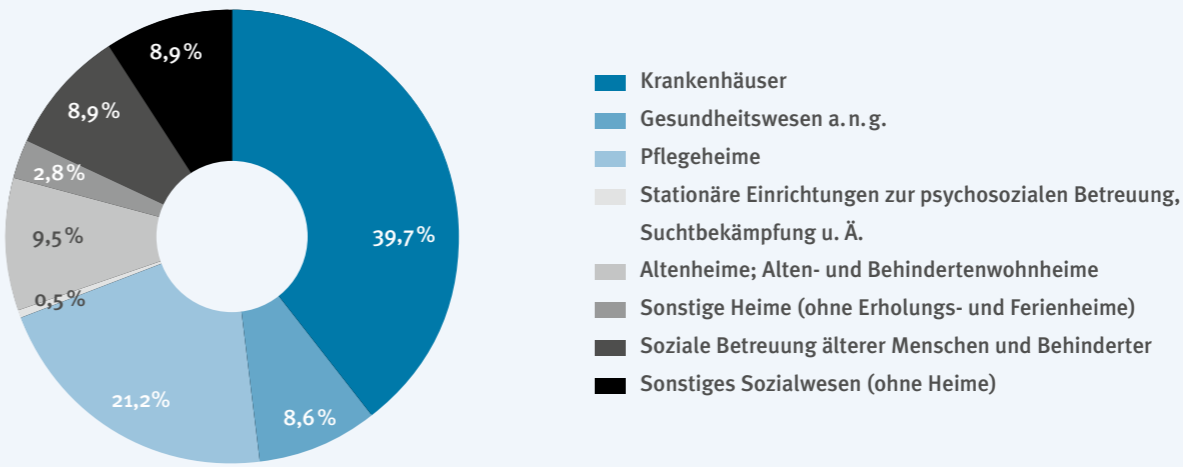
Unter der Trägerschaft der Freien Wohlfahrtspflege werden in Niedersachsen 540 Pflegeheime betrieben, das sind gut 32 Prozent aller derartigen Einrichtungen. Die Pflegeheime Freien Wohlfahrtspflege bieten mit

Abb. 3: Die Bedeutung der Sozialwirtschaft im Vergleich mit anderen Wirtschaftszweigen in Niedersachsen – Anteil an der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Prozent (2011)



* Gesundheits- und Sozialwesen ohne Arzt- und Zahnarztpraxen.
 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Berechnung / Darstellung: CIMA Institut für Regionalwirtschaft.

Abb. 4: Beschäftigungsanteile innerhalb der Sozialwirtschaft (ohne Arzt- u. Zahnarztpraxen) in Niedersachsen 2011



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Berechnung / Darstellung: CIMA Institut für Regionalwirtschaft.

Abb. 5: Pflegeheime in Niedersachsen nach Trägern

	Anzahl absolut			Anteil in %			Entwicklung 2005 – 2011	
	2005	2009	2011	2005	2009	2011	absolut	in %
Freie Wohlfahrtspflege	432	472	540	32,0	32,0	32,4	108	25,0
Sonstige freie	76	91	104	5,6	6,2	6,2	28	36,8
Privat-gewerblich	797	878	982	59,1	59,4	58,9	185	23,2
Öffentlich	43	36	41	3,2	2,4	2,5	-2	-4,7
Insgesamt	1.348	1.477	1.667	100,0	100,0	100,0	319	23,7

Freie Wohlfahrtspflege: AWO, Caritas, Parität, DRK, Diakonie, ZWST.
Quelle: LSKN (Pflegestatistik). Darstellung / Berechnung: CIMA Institut für Regionalwirtschaft.

36.900 Plätzen 36,1 Prozent der verfügbaren Kapazitäten und stellen die Arbeitsplätze für 38,6 Prozent (29.224 Voll- und Teilzeitkräfte) aller Beschäftigten in der Pflege. Gegenüber 2005 bedeutet das einen Zuwachs von 15,1 Prozent (davon 73,3 Prozent Teilzeitkräfte). Im Bereich der Pflege zeigen sich deutlich die Auswirkungen eines stärkeren Anbieterwettbewerbs. Während die Beschäftigung in den privat-gewerblichen Einrichtungen um 32,2 Prozent zulegte, bauten die öffentlich getragenen Pflegeheime ungefähr ein Achtel ihres Personals ab.

Durch die Freie Wohlfahrtspflege wurden im Jahr 2011 in Niedersachsen 337 bzw. 28,3 Prozent aller ambulanten Pflegedienste betrieben. Der Zuwachs an Pflegediensten insgesamt zwischen 2005 und 2011 um fast 14 Prozent entfiel fast vollständig auf privat-gewerbliche Anbieter, unter deren Trägerschaft inzwischen fast zwei Drittel der Einrichtungen laufen. Über 40 Prozent aller Beschäftigten in diesem Bereich arbeiteten in Pflegediensten der Freien Wohlfahrtspflege. Noch höher lag der Anteil der betreuten Personen mit 45,3 Prozent.

Kinder und Jugendliche

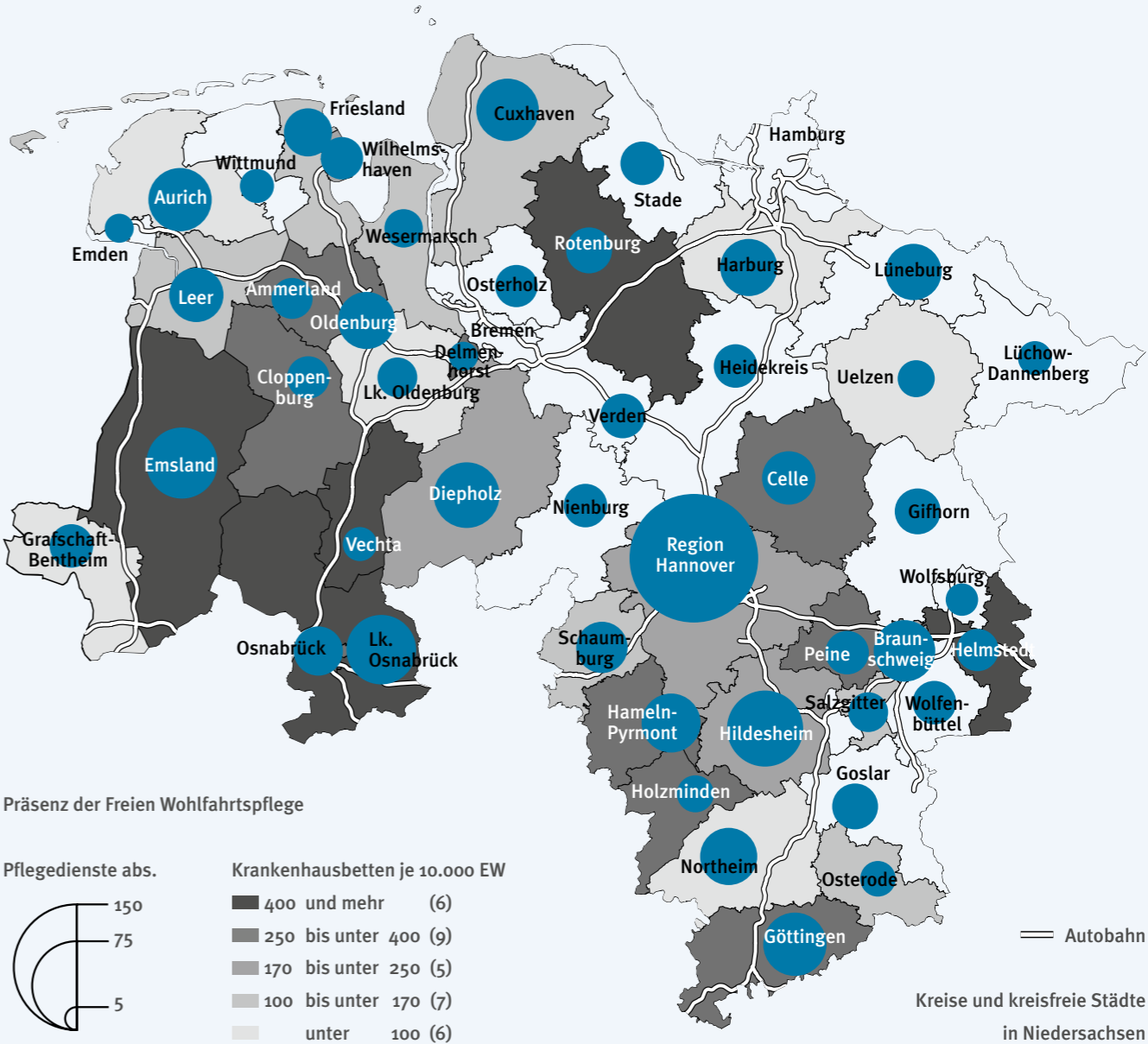
Mit mehr als 2.300 Einrichtungen wurde in 2011 nahezu die Hälfte aller Kindertagesstätten durch die Freie Wohlfahrtspflege betrieben, gewerbliche Träger spielen

hier nur eine untergeordnete Rolle. Die 167.200 Plätze in den Kindertagesstätten der Freien Wohlfahrtspflege bedeuten einen Anteil von 57,1 Prozent an allen niedersächsischen Kapazitäten, die 28.200 dort arbeitenden Voll- und Teilzeitkräfte stellen landesweit gar 60 Prozent aller Beschäftigten in Kitas. Seit 2006 ist die Zahl der Einrichtungen insgesamt um 12,8 Prozent gestiegen (Freie Wohlfahrt plus 11,4 Prozent), während bei den Plätzen eine Zunahme von 10,3 Prozent (10,0 Prozent) zu Buche steht. Überproportionale Zuwächse verzeichneten die sonstigen freien Träger und die Wirtschaftsunternehmen, wenn auch von einer sehr geringen Basis ausgehend.

Im Bereich der stationären Kinder- und Jugendhilfe hat die Entwicklung der letzten Jahre einen etwas anderen Verlauf genommen. Hier ist die Zahl der Einrichtungen seit 2006 zwar auch leicht gestiegen (um 2,2 Prozent, Freie Wohlfahrtspflege um 3,2 Prozent), insgesamt wurden jedoch von allen Betreibern bis auf die sonstigen freien Träger Plätze abgebaut. Heute stellt die Freie Wohlfahrtspflege rund 1.100 Einrichtungen der stationären Kinder- und Jugendhilfe (39,1 Prozent aller niedersächsischen Einrichtungen) mit 11.809 Plätzen (43,3 Prozent). Die dort tätigen 8.474 Arbeitskräfte machen ebenfalls 43,3 Prozent aller Beschäftigten in diesem Bereich aus. Obwohl der Personalbestand seit 2006 insgesamt stagniert und bei den sonstigen freien und

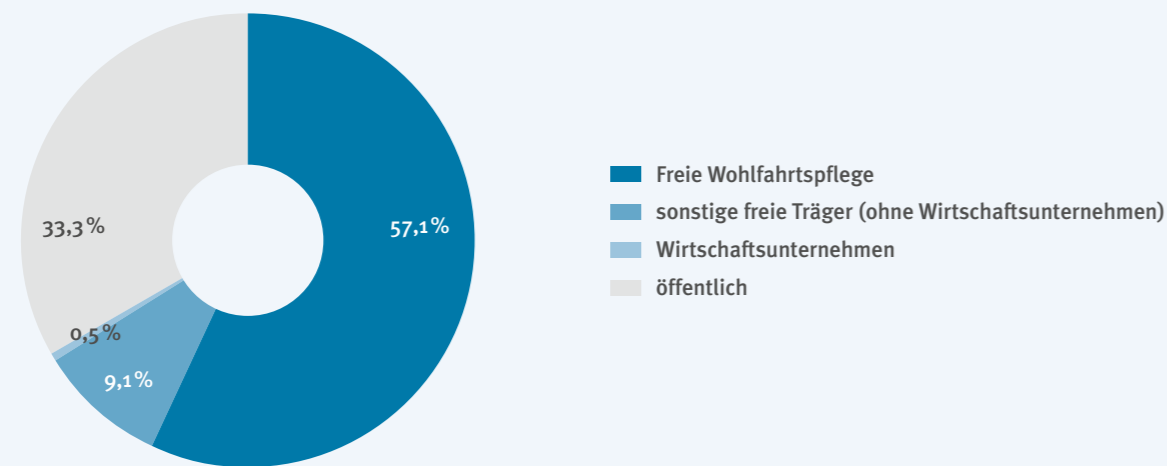
Abb. 6: Anzahl freigemeinnütziger Pflegedienste und Krankenhausbetten in den Regionen Niedersachsens 2011

Präsenz der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen – am Beispiel der Pflegedienste und Krankenhäuser



385 ambulante Pflegedienste der Freien Wohlfahrtspflege (337) und sonstiger freigemeinnütziger Träger (48).
Quelle: LSKN (Pflegestatistik). Darstellung: CIMA Institut für Regionalwirtschaft.

Abb. 7: Genehmigte Plätze in Kindertageseinrichtungen in Niedersachsen nach Trägern am 01.03.2011



Freie Wohlfahrtspflege: AWO, Caritas, Parität, DRK, Diakonie, ZWST.
Quelle: LSKN. Darstellung / Berechnung: CIMA Institut für Regionalwirtschaft.

auch den privaten Trägern zurückgeht, können die Verbände der Freien Wohlfahrt in diesem Zeitraum ein Beschäftigungsplus von 3,6 Prozent verzeichnen.

Krankenhäuser

In der deutschen Krankenhauslandschaft hat die zunehmend höhere Gewichtung betriebswirtschaftlicher Kriterien zu spürbaren strukturellen Veränderungen geführt. Vielfach wurden Krankenhäuser von öffentlichen Trägern mit unterdurchschnittlicher wirtschaftlicher Performance an private Betreiber veräußert. Seit 2005 ist die Zahl öffentlich betriebener Krankenhäuser bis 2010 um 25 Prozent auf nunmehr 51 Einrichtungen gesunken, während die privaten Träger in diesem Zeitraum um 15,3 Prozent auf 68 Häuser zulegen konnten. Von freigemeinnützigen Trägern wurden 79 Krankenhäuser betrieben (40 Prozent), das bedeutet ein leichtes Plus von 2,6 Prozent seit 2005.

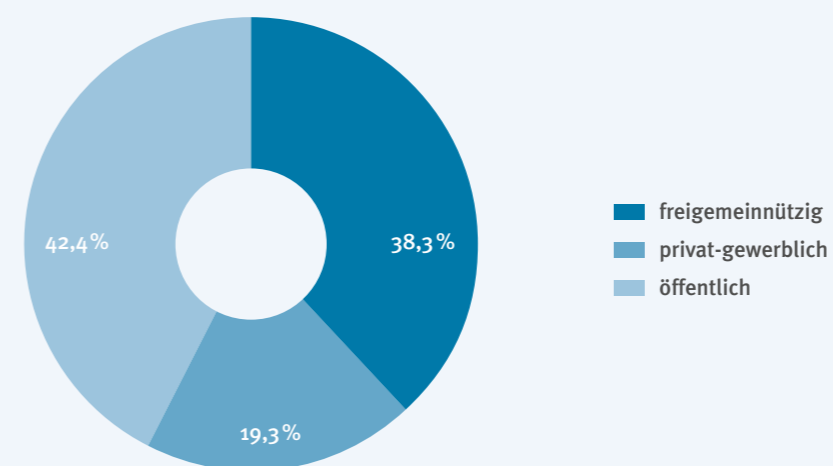
Im Beobachtungszeitraum ist die Zahl der Betten in den freigemeinnützigen Krankenhäusern leicht um 0,7 Prozent auf nunmehr 16.100 gestiegen, das macht einen Anteil von 38,3 Prozent an allen niedersächsischen Kapazitäten aus. Gleichzeitig haben die öffentlichen

Betreiber seit 2005 19 Prozent ihrer Betten abgebaut und die privat-gewerblichen Träger um 29 Prozent zugelegt. Die durchschnittliche Bettenzahl in den Einrichtungen der verschiedenen Träger variiert deutlich: Verfügen die freigemeinnützigen Krankenhäuser im Schnitt über 204 Betten, sind es in den privaten Häusern nur 119, in den öffentlichen aber sogar 349.

In den Krankenhäusern der freigemeinnützigen Träger waren 2010 insgesamt 32.900 Personen beschäftigt, das entspricht 35,3 Prozent des niedersächsischen Personalbestands in diesem Bereich. Auf die öffentlich geführten Häuser entfielen 48,9 Prozent, auf die privat-gewerblichen 15,8 Prozent. Seit 2005 ist damit eine Zunahme von 12,7 Prozent bei den freigemeinnützigen Trägern zu verzeichnen, während der Personalbestand in den öffentlich geführten Krankenhäusern abnahm und bei den privaten um über 40 Prozent anstieg.

Bei den Beschäftigten in den Häusern der freigemeinnützigen Träger handelte es sich zu 12,8 Prozent um ärztliches Personal. Bei diesem lag der Frauenanteil bei 41,5 Prozent, während er bei allen Beschäftigten zusammen 76,5 Prozent betrug.

Abb. 8: Aufgestellte Betten in Krankenhäusern in Niedersachsen nach Trägern 2010



Quelle: LSKN. Darstellung / Berechnung: CIMA Institut für Regionalwirtschaft.

Vorsorge- und Reha-Einrichtungen

Von den 135 Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen, die 2010 in Niedersachsen bestanden, wurden 61 und damit 45,2 Prozent von freigemeinnützigen Trägern betrieben (41,5 Prozent in privater und 13,3 Prozent in öffentlicher Trägerschaft). Auch in diesem Bereich wurden in den letzten Jahren öffentlich betriebene Einrichtungen an private Träger veräußert.

In den freigemeinnützigen Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen wurden in 2010 5.112 Betten bereitgestellt, das sind 28,2 Prozent aller Kapazitäten. Im Schnitt sind die freigemeinnützig betriebenen Einrichtungen mit 84 Betten deutlich kleiner als die privat (172) oder öffentlich (188) geführten. Seit 2005 kam es hier nur zu geringen Zuwächsen, insgesamt um 2,1 Prozent und 1,1 Prozent bei der Freien Wohlfahrt.

Mehr als die Hälfte des gesamten Personals in niedersächsischen Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen wurde von privat-gewerblichen Betreibern beschäftigt, auf die freigemeinnützigen entfielen 27 Prozent oder rund 3.100 Personen. Das bedeutet ein Plus von 12 Prozent seit 2005. Insgesamt war die Frauenquote in

diesem Bereich mit 75 Prozent ähnlich hoch wie in den Krankenhäusern. In den freigemeinnützigen Einrichtungen lag sie mit 74,8 Prozent nur unwesentlich unter dem allgemeinen Wert. Deutlich geringer fiel die Frauenquote wieder beim ärztlichen Personal aus, das insgesamt einen Anteil von 7,8 Prozent an allen Beschäftigten (in freigemeinnützigen Einrichtungen 5,2 Prozent) aufwies. Der Anteil der Ärztinnen lag über alle Einrichtungen bei gut 50 Prozent. In den privat geführten Einrichtungen entsprach der Anteil dem Gesamtdurchschnitt, in den Häusern der freigemeinnützigen Träger (48,8) lag er knapp darunter, bei den öffentlichen Trägern knapp darüber (52,7 Prozent).

Sonstige

Die Freie Wohlfahrtspflege zeigt ein vielfältiges Leistungsspektrum, das neben den bereits genannten Bereichen auch Aufgabenfelder wie die Behindertenhilfe, die Rettungsdienste, den Katastrophenschutz, Betreuungs- und Beratungsdienste, die Wohnungslosenhilfe oder die Beschäftigungsförderung umfasst. Diese Leistungsbereiche werden von der amtlichen Statistik nicht explizit erfasst und lassen sich auch mithilfe der Angaben der Berufsgenossenschaft für Gesundheits-

Abb. 9: Aufgestellte Betten in Vorsorge-/Rehabilitationseinrichtungen in Niedersachsen nach Trägern 2005 und 2010

	Anzahl absolut		Anteil in %		Entwicklung 2005 – 2010	
	2005	2010	2005	2010	absolut	in %
Freigemeinnützig	5.057	5.112	28,5	28,2	55	1,1
Privat-gewerblich	9.397	9.656	52,9	53,2	259	2,8
Öffentlich	3.314	3.382	18,7	18,6	68	2,1
Insgesamt	17.768	18.150	100,0	100,0	382	2,1

Quelle: LSKN. Darstellung / Berechnung: CIMA Institut für Regionalwirtschaft.



dienst und Wohlfahrtspflege (BGW) nur unvollständig abbilden.

Behindertenhilfe

Datenmaterial aus einigen ostdeutschen Bundesländern unterstützt die Annahme, dass die Behindertenhilfe das größte unter den „sonstigen“ Tätigkeitsfeldern der Freien Wohlfahrtspflege darstellt. Demnach sind mehr als 15 Prozent der Beschäftigten und etwas über ein Fünftel der Platzkapazitäten in diesem Bereich angesiedelt. Aufgrund ähnlicher Strukturen der Sozialwirtschaft in den einzelnen Ländern ist auch in Niedersachsen von entsprechenden Verhältnissen auszugehen.

Die Hilfen für behinderte Menschen umfassen ambulante Dienste, sozialpsychiatrische Dienste, Wohneinrichtungen sowie Werkstätten und Integrationsfirmen. Darüber hinaus zählen berufliche Integrationshilfen und eine spezifische Berufsausbildung, sonder- und heilpädagogische Kindergärten, integrative Einrichtungen, die Frühförderung, Beratungsstellen, Fahrdienste und Freizeitangebote zum Leistungsangebot. Damit soll

Menschen mit Behinderungen ein weitgehend selbstbestimmtes Leben mit ähnlich großen Teilhabechancen wie Nichtbehinderten ermöglicht werden.

In den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen der Freien Wohlfahrtspflege waren im Jahr 2011 in Niedersachsen 34.199 versicherte Arbeitnehmer und 871 Ehrenamtliche tätig. Auf den Bereich „Stationäre Hilfen für psychisch Kranke und Menschen mit Behinderungen“ entfielen mehr als 22.000 Arbeitnehmer und fast 2.000 Ehrenamtliche. Fast 6.000 Arbeitnehmer und rund 500 ehrenamtlich Tätige unterstützten in Tageseinrichtungen sowie in Sonderkindergärten Menschen mit Behinderungen. Weitere 1.398 Arbeitnehmer und 34 Ehrenamtliche waren in Fahrdiensten der Freien Wohlfahrtspflege beschäftigt.

Insgesamt wurden im Jahr 2011 in Niedersachsen von den örtlichen Trägern Bruttoausgaben in Höhe von mehr als 300 Mio. Euro Eingliederungshilfe für Behinderte nach SGB XII geleistet. Viele der fast 100.000 Empfänger wurden in Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege unterstützt.

Darüber hinaus beteiligen sich die Verbände der Freien Wohlfahrt mit ihren fachspezifischen Kompetenzen an den sozialpolitischen Diskussionen und vertreten öffentlich die Interessen behinderter Menschen sowie der sie unterstützenden Einrichtungen und Helfer.

Rettungsdienste und Katastrophenschutz

Unverzichtbar ist das Engagement der freien Wohlfahrtsverbände auch im Bereich der Rettungsdienste. Mit hohem Engagement leisten hauptamtliche wie ehrenamtliche Einsatzkräfte in der Notfallrettung zu Land und auf dem Wasser, beim Krankentransport und in der Luftrettung ihren Dienst.

Der Katastrophenschutz kommt bei schweren Überflutungen, bei der Evakuierung von Anwohnern anlässlich einer Bombenräumung oder bei der Suche nach Vermissten zum Einsatz. Dabei nehmen die ehrenamtlich tätigen Kräfte der freigemeinnützigen Wohlfahrtsverbände Aufgaben als Sanitäter, Betreuer, Verpflegungshelfer oder Fernmelder wahr. Neben dem Betreuungsdienst, dem Sanitätsdienst sowie dem technischen

Dienst gehören auch die Wasserwacht und die Bergwacht in den Aufgabenbereich des Katastrophenschutzes.

Betreuung und Beratung

Die Betreuungs- und Beratungsleistungen sind nahezu ein Alleinstellungsmerkmal der Freien Wohlfahrtsverbände. Dazu zählen u.a. die Kinder-, Jugend- und Familienberatung, einschließlich der Erziehungsberatung und der Schwangerschaftsberatung, die Pflegeberatung, Migrationsberatung bzw. Migrationssozialarbeit, Suchtberatung, Schuldnerberatung, psychologische Beratung oder auch Hilfsangebote zur Unterstützung behinderter Menschen. Diese Leistungen werden in Kontakt- und Beratungsstellen, bei Selbsthilfegruppen und Vereinen erbracht. Laut Statistik waren im Jahr 2011 22.167 Ehrenamtliche und 9.678 Arbeitnehmer in den niedersächsischen Beratungs- und Betreuungsstellen der Freien Wohlfahrtspflege tätig, 646 Ehrenamtliche und 48 Arbeitnehmer unterstützten die Selbsthilfe- und Helfergruppen und weitere 47 Arbeitnehmer und sechs ehrenamtlich Tätige leisteten im Bereich der Berufsbetreuer und Betreuungsvereine ihren Dienst.

Wohnungslosenhilfe

Die Wohnungslosenhilfe der Freien Wohlfahrtsverbände umfasst den Betrieb von Übernachtungsheimen, Beratungs- und Betreuungsstellen und betreutes Wohnen. Vom Land Niedersachsen wurden für diesen Bereich im Jahr 2011 rund 34 Mio. Euro bereit gestellt. Größter Träger der Wohnungslosenhilfe ist das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche. Dabei fördert die Diakonie auch die gesellschaftliche Integration der Wohnungslosen und begleitet und unterstützt Betroffene bei der Durchsetzung ihrer Rechte. Zudem leistet die Diakonie wichtige Beiträge zur wissenschaftlichen Forschung in diesem Bereich und beteiligt sich an der sozialpolitischen und fachlichen Diskussion. Die niedersächsischen Aktivitäten in diesem Bereich werden über den Evangelischen Fachverband Wohnung und Existenzsicherung e.V. (EFWE) organisiert, in dem 32 Einrichtungen und Träger zusammengeschlossen sind.

Beschäftigungsförderung

Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege leisten auch in der Beschäftigungsförderung einen entscheidenden Beitrag um Menschen in schwierigen Lebenslagen die gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Die berufliche Integration Erwerbsloser wurde in Niedersachsen 2011 von mehr als 2.200 Arbeitnehmern und fast 200 ehrenamtlich Tätigen in Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekten der niedersächsischen Freien Wohlfahrtspflege gefördert. Zusätzlich waren zu diesem Zeitpunkt 393 Arbeitnehmer in Berufsbildungswerken, 156 Arbeitnehmer und 19 Ehrenamtliche in Berufsförderungswerken sowie 108 Arbeitnehmer und 17 ehrenamtlich Tätige in beruflichen Bildungseinrichtungen freigemeinnütziger Träger beschäftigt.



Auf den Punkt

Die niedersächsische Sozialwirtschaft zählt zu den größten Arbeitgebern im Land.

Die Freie Wohlfahrtspflege ist mit einem Anteil von rund 40 Prozent an der Sozialwirtschaft auch im gesamtwirtschaftlichen Maßstab ein bedeutender Akteur und beschäftigt insgesamt fast 300.000 Arbeitskräfte in Niedersachsen.

In den großen und wirtschaftlich bedeutsamen Tätigkeitsfeldern der Pflege, Krankenhäuser und Vorsorge-/Reha-Einrichtungen macht sich der verschärfte Wett-

bewerb deutlich bemerkbar. Privat-gewerbliche Träger übernehmen vielfach öffentliche Angebote. Die Freien Wohlfahrtsverbände können ihre starke Stellung jedoch weitgehend behaupten.

In den weniger lukrativen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche und bei den „sonstigen“ Tätigkeitsbereichen ist das Interesse privater Anbieter deutlich geringer ausgeprägt, bzw. kaum vorhanden. Hier liegt die Herausforderung, der zunehmenden Nachfrage zu begegnen, allein bei den freigemeinnützigen und öffentlichen Trägern.

Perspektiven der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen

Demografischer Wandel
Finanzierung
Wettbewerb

S. 20
S. 22
S. 23

4



Demografischer Wandel

Der demografische Wandel bringt nicht nur besondere Herausforderungen für die Freie Wohlfahrtspflege mit sich, sondern auch neue Perspektiven, die eigenen Qualitäten und spezifischen Kompetenzen für eine zukunftsfähige Positionierung auf den angestammten Tätigkeitsfeldern zur Geltung zu bringen. Die deutliche Verschiebung der Altersstruktur und in weiten Teilen auch Bevölkerungsverluste werden sich in unterschiedlicher Weise auf das ganze Bundesgebiet auswirken. Da sich der demografische Wandel in sehr heterogener Weise manifestiert, aber auch weil das Leistungsspektrum der Freien Wohlfahrtsverbände sehr ausdifferenziert ist, sollen die Folgen dieser Entwicklung anhand einzelner wichtiger Aufgabenfelder exemplarisch diskutiert werden.

Ältere Menschen

Die Zahl älterer und alter Menschen wird in den nächsten 20 bis 30 Jahren weiter zunehmen. Einerseits rücken die geburtenstarken Jahrgänge der Verrentung entgegen,

andererseits steigt die Lebenserwartung tendenziell weiter an. Daher ist in diesem Zeitraum auch mit einem wachsenden Pflegebedarf zu rechnen.

Zusätzlich wird der Bedarf an professioneller Pflege aufgrund veränderter Haushalts- und Familienstrukturen steigen. Die nachrückenden Jahrgänge haben deutlich weniger Kinder als die Vorläufergenerationen und damit auch weniger Familienangehörige, die traditionellerweise für die Pflege in Frage kommen. Die zunehmende weiträumige Mobilität der erwachsenen Kinder und die vermehrte Berufstätigkeit von Frauen reduziert das Potenzial weiter, das bisher das maßgebliche Reservoir an informellen Pflegekräften stellte.

Daraus resultieren nicht nur quantitativ wachsende Versorgungsbedarfe, sondern auch qualitative Herausforderungen an Pflegekräfte und Betreuer, die für immer mehr alleinstehende, ältere Menschen, die nicht mehr fest in familiäre Strukturen integriert sind, auch als unverzichtbare Bezugspersonen fungieren. Zudem verlangt die zunehmende Ausdifferenzierung sozialer Milieus und die Pluralisierung der Lebensstile nach

individuellen Angeboten. Für die wachsende Gruppe der MigrantInnen unter den Pflegebedürftigen wird die Versorgungsqualität vielfach nur durch eine kultursensible Ansprache und Betreuung zu gewährleisten sein.

Diesen Anforderungen können gewerbliche Anbieter, deren Handeln zwangsläufig prioritär von einer betriebswirtschaftlichen Rationalität bestimmt wird, oftmals nicht angemessen begegnen. Die Freie Wohlfahrt dagegen ist aufgrund ihrer Aufstellung und ihrer eigenen Werte und Normen für die Wahrnehmung dieser Aufgaben geradezu prädestiniert.

Die Leistungen der Freien Wohlfahrtsverbände sind aber auch in vielen Fällen von Altersarmut unverzichtbar. Bedürfnisse der betroffenen Menschen, die über die von der Pflegeversicherung abgedeckte Basisversorgung hinausgehen, können von den gewinnorientierten Leistungsangeboten der privatgewerblichen Betreiber nicht berücksichtigt werden. Ohne die freigemeinnützigen Träger ist eine bedarfsgerechte Pflege dieser Personengruppe daher nicht möglich. Dies gilt auch für die Sicherung einer flächendeckenden Versorgung, vor allem in dünn besiedelten Gebieten, die in vielen Fällen allein durch Leistungsentgelte nicht kostendeckend aufrechterhalten werden kann. Hier könnten in den nächsten Jahren außerdem neue Bedarfe, z. B. an Fahrdiensten oder Einkaufshilfen, entstehen, die angesichts fehlender Gewinnaussichten und knapper öffentlicher Kassen nur von gemeinnützigen Akteuren wie der Freien Wohlfahrtspflege gewährleistet werden können.

Auch in der Krankenhausversorgung kündigen sich umfassendere Bedarfe älterer Menschen an, die durch die Fallpauschalen (finanziell) nicht abgedeckt werden. Dies dürfte vor allem bei multimorbiden und dementen Patienten der Fall sein, deren Zahl mit einem wachsenden Anteil älterer und hochbetagter Menschen ebenfalls ansteigen dürfte.

Anders als jüngere Rekonvaleszenten bedürfen Ältere in vielen Fällen auch nach einem Krankenhausaufenthalt noch einer länger andauernden begleitenden Unterstützung. Gerade die Freie Wohlfahrtspflege kann aufgrund ihres breiten Leistungsspektrums ein wichtiger Akteur

bei der besseren Verknüpfung von stationärer und ambulanter Versorgung werden.

Kinder

Die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für unter 3-Jährige ab 2013 erfordert in Niedersachsen noch erhebliche Anstrengungen. Bislang sind landesweit nur 19 Prozent dieser Altersgruppe entsprechend versorgt. Daher ist in den kommenden Jahren von einem stark wachsenden Bedarf an weiteren Plätzen auszugehen. Gleichzeitig kommt es dadurch und infolge einer sinkenden Nachfrage bei den 3- bis 6-Jährigen zu einer Verschiebung der Altersstruktur in den Kindertagesstätten, die altersgerechte Anpassungen erfordert. Ohne die Freie Wohlfahrtspflege kann die flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung mit ausreichenden Betreuungsplätzen nicht sichergestellt werden, da private Akteure aufgrund mangelnder Gewinnaussichten in diesem Bereich kaum in Erscheinung treten und viele Kommunen mit der Schließung von Versorgungslücken finanziell überfordert sind.

Die rechtlich zugesicherte Betreuung von vier Stunden am Tag wird jedoch in vielen Fällen nicht ausreichen, um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten. Künftig dürfte eine steigende Nachfrage nach längeren und auch – über den Tagesverlauf gesehen – flexibleren Betreuungszeiten festzustellen sein. Ein großer Stellenwert wird künftig, nicht zuletzt im Hinblick auf die langfristige Fachkräftesicherung, der frühkindlichen Bildung zuteilwerden. In den Kindertagesstätten wird es insbesondere darum gehen, die Neugier der Kinder zu wecken, Interessen und Talente zu entdecken und zu fördern und die sprachlichen Kompetenzen zu stärken. Für diese Aufgaben sind die Leistungen der Freien Wohlfahrtspflege unverzichtbar.

Fachkräfte

Für die Freie Wohlfahrtspflege gilt es, nicht nur die landesweite Fachkräftesicherung durch eine Vielzahl von Leistungsangeboten zu unterstützen, sondern auch die eigene Versorgung mit qualifiziertem Personal sicherzustellen. Die weltanschauliche Ausrichtung der freigemeinnützigen Träger ist als identitätsstiftendes Merkmal ein wichtiger Vorteil im Wettbewerb um gut

ausgebildete Fachkräfte gegenüber anderen sozialwirtschaftlichen Anbietern. Sie muss jedoch durch weitere, attraktivitätssteigernde Elemente ergänzt werden. Dazu zählen vor allem ein positives Image, gute Arbeitsbedingungen und eine angemessene Entlohnung.

Auch die Belegschaften in den freigemeinnützig geführten Betrieben werden in den kommenden Jahren eine spürbare Alterung erfahren. Der erste wirksame Schritt zur eigenen Fachkräftesicherung wäre die Erhöhung der Verweildauer im Beruf. Dazu bedarf es der Reduzierung, bzw. Vermeidung von besonderen physischen und psychischen Belastungen. Um eine Überforderung der Arbeitskräfte zu verhindern, ist insbesondere ein quantitativ und qualitativ ausreichender Personalbestand notwendig.

Finanzierung

Der gegenwärtige Finanzierungsrahmen der Freien Wohlfahrtspflege wird ihrem spezifischen Auftrag nicht gerecht. Die überwiegende Finanzierung aus Leistungsentgelten und befristeten Zuwendungen bringt eine strukturelle Planungsunsicherheit mit sich und muss als ungenügend betrachtet werden, da sie eine nachhaltige Organisationsentwicklung und Netzwerkarbeit erschwert.

Dennoch sind in absehbarer Zeit aufgrund der restriktiven Ausgabenpolitik der öffentlichen Haushalte und der gesetzlich verankerten Schuldenbremse eine Stagnation oder gar Rückgänge der Zuwendungen nicht auszuschließen. Nicht zuletzt wird die öffentliche Finanzierung vom Erhalt des Sonderstatus der Freien Wohlfahrtspflege auf der europäischen Ebene abhängen. Ihrer Einstufung nach dem europäischen Wettbewerbsrecht stehen jedoch die fehlende wirtschaftliche Ausrichtung, die Gemeinwohlorientierung und die weltanschaulichen Grundlagen der Freien Wohlfahrtspflege entgegen. Diesen Sachverhalt gilt es deshalb auch in der Öffentlichkeit entschieden zu kommunizieren.

Der tatsächliche gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Nutzen der Freien Wohlfahrtspflege ist schwer zu quantifizieren. Die ökonomischen Daten zur Bruttowertschöpfung und zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen sowie die indirekten regionalwirtschaftlichen

Effekte, bilden nur einen Teil des wirtschaftlichen Mehrwerts ab, der durch die Arbeit der Freien Wohlfahrtsverbände erzielt wird.

Die Freie Wohlfahrtspflege als wichtiger Akteur des Sozialstaates, federt mit ihren Angeboten auch die Folgen krisenhafter marktwirtschaftlicher Entwicklungen ab. Damit dient sie zum einen dem Erhalt des sozialen Friedens und der Vermeidung hoher gesellschaftlicher und materieller Kosten, die aus ungeordneten Verteilungskämpfen und desintegrativen Konflikten entstehen können. Zum anderen fördert sie die Wiedereingliederung sozial Ausgegrenzter, sichert die Arbeitskräfte vor vorzeitigem Verschleiß und leistet mit entsprechenden Bildungsmaßnahmen auch ihren Beitrag zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Dabei erreicht die Freie Wohlfahrt auch eine Klientel, die außerhalb des Blickfelds gewerblicher Anbieter bleibt.

Die spezifischen Qualitäten der Leistungserbringung der Freien Wohlfahrtspflege verbieten eine vollständige Einordnung und Bewertung dieser Arbeit allein nach betriebswirtschaftlichen Kriterien. Daher sind weitere Effizienzsteigerungen mit dem Ziel der Kostensenkung kaum umsetzbar, ohne qualitative Einbußen in Kauf nehmen zu müssen, die den Kern des wohlfahrtlichen und gemeinnützigen Auftrags beschädigen würden. Alternative Finanzierungsmöglichkeiten, die nach Möglichkeit gerade im Hinblick auf langfristige Planungssicherheit hilfreich sein sollten, sind derzeit nicht in Sicht. Denkbar scheint hingegen der weitere Ausbau der ehrenamtlichen Arbeit auf vielen Feldern. Dabei ist jedoch festzuhalten, dass das Ehrenamt die Arbeit der Fachkräfte nur begleiten, aber nicht ersetzen kann. Auch die Zusammenarbeit mit Unternehmen in einigen Teilbereichen, wie durch das Angebot von Betriebskindergärten durch freigemeinnützige Träger, könnte neue Perspektiven bieten.

Die Arbeit der Freien Wohlfahrtspflege bleibt für die Gesellschaft unverzichtbar und wird künftig eher noch eine stärkere Nachfrage erfahren. Für eine verlässliche Finanzierung müssen jedoch die Kranken- und Pflegeversicherungen mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden und die Freie Wohlfahrtspflege entsprechend in den öffentlichen Haushalten Berücksichtigung finden.



Wettbewerb

Seit den 1990er Jahren treten zunehmend private Anbieter als Träger sozialwirtschaftlicher Einrichtungen vor allem in jenen Bereichen in Erscheinung, die aufgrund der dortigen Leistungsfinanzierung auch für gewinnorientierte Unternehmen attraktiv sind. Gleichzeitig manifestierte sich auf kommunaler Seite ein Trend zur Privatisierung, insbesondere im Bereich der Krankenhäuser.

Gegenüber den privaten Anbietern sozialer Dienstleistungen orientiert sich die Arbeit freigemeinnütziger Träger nicht vorrangig an ökonomischen Kriterien, sondern am Gemeinwohl und der Sicherung einer flächendeckenden Daseinsvorsorge. Darüber hinaus tritt die Freie Wohlfahrtspflege in vielen gesellschaftlichen und politischen Zusammenhängen als Anwalt benachteiligter Bevölkerungsgruppen auf. Mit diesem weit über die eigentlichen Versorgungsleistungen hinausgehenden Engagement verfügt die Freie Wohlfahrtspflege über ein bedeutendes Alleinstellungsmerkmal im Sozialwesen.

Der steigende Kostendruck in weiten Teilen des Sozialwesens, der durch eine zunehmend restriktive Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand und durch die Konkurrenz von ökonomisch ausgerichteten privaten Anbietern forciert wird, lässt befürchten, dass eine in der Folge dieser Entwicklung ausgedünnte Personaldecke in vielen Einrichtungen auch zu Qualitätseinbußen führt. Aus diesem Grund sollte der Wettbewerb im Sozialwesen künftig nicht vorrangig über die Kosten, sondern über die Qualität der Dienstleistungen ausgetragen werden.

Auch hinsichtlich der Förderung ehrenamtlichen Engagements kommt der Freien Wohlfahrtspflege eine herausragende gesellschaftliche Bedeutung zu. Die Vielfalt der weltanschaulichen Ausrichtungen bei den unterschiedlichen freigemeinnützigen Trägern ermöglicht es, besonders viele Menschen gemäß ihrer persönlichen Einstellungen anzusprechen und für ein ehrenamtliches Engagement zu gewinnen.

Daher muss die vielfältige Trägerlandschaft unter Beteiligung der Freien Wohlfahrtspflege beibehalten

werden, die ein besonderes Verständnis von sozialen Belangen und gesellschaftlicher Verantwortung besitzt. Hier gilt es, das bewährte Subsidiaritätsprinzip weiter zu stärken.

In europäischer Perspektive eröffnet das Thema des sozialen Unternehmertums vielversprechende Ansatzpunkte für die Freie Wohlfahrtspflege. Diskutiert werden derzeit ein verbesserter Zugang zu Finanzmitteln, mehr Sichtbarkeit für das Unternehmen und die Verbesserung des rechtlichen Umfelds. Inzwischen existiert ein Vorschlag zur Schaffung eines „Europäischen Fonds für

soziale Unternehmen“. Darüber hinaus ist eine Initiative zur Förderung sozialer Innovationen geplant, die heute als wesentliche Faktoren für die Förderung von nachhaltigem Wachstum, die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit angesehen werden. Für die Freie Wohlfahrtspflege bietet eine Ausweitung des Engagements im Bereich der sozialen Innovationen die Chance, sich weiter mit einem spezifischen Profil gegenüber den privaten Anbietern hervorzuheben und sich auch auf europäischer Ebene als unverzichtbarer Akteur in der Sozialwirtschaft zu positionieren.

Auf den Punkt

Den spezifischen Anforderungen, die in der Pflege und im Gesundheitswesen im Zuge des demografischen Wandels insbesondere bei älteren Menschen entstehen, können private Anbieter nicht angemessen begegnen. Ohne die Freie Wohlfahrtspflege sind deren besondere Bedarfe nicht zu decken.

Kinder und Jugendliche benötigen in den kommenden Jahren mehr Betreuungs- und Unterstützungsleistungen. Da privat-gewerbliche Anbieter sich von diesem Bereich mangels Gewinnaussichten weitgehend fernhalten und öffentliche Träger mit dem Mehrbedarf vielfach überfordert sind, wird die Hauptlast auch künftig bei den freigemeinnützigen Trägern liegen.

Im Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte muss gute Arbeit auch angemessen bezahlt werden. Hierfür ist eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Freien Wohlfahrtspflege notwendig.

Die derzeitige Form der Finanzierung wird den besonderen Aufgaben der Freien Wohlfahrtspflege nicht gerecht. Vielfach sind die privaten Anbieter in marktnahen Bereichen aktiv, so dass sich die verbliebenen Angebote in vielen Fällen nicht mehr kostendeckend bewältigen lassen. Doch gerade bei diesen handelt es sich in der Regel um die schwierigsten und aufwendungsintensivsten Aufgaben, deren Übernahme durch die freigemeinnützigen Träger die Gesellschaft vor erheblichen sozialen und materiellen Kosten bewahrt. Der Staat ist daher gefordert, die Freien Wohlfahrtsverbände mit ausreichenden finanziellen Mitteln in langfristiger Perspektive auszustatten.

Um den besonderen Aufgaben im Sozialwesen gerecht zu werden, sollte der Wettbewerb künftig nicht über die Kosten, sondern über die Qualität der Arbeit ausgetragen werden. Die Diskussion über „soziales Unternehmertum“ trägt diesem Ansatz auch auf europäischer Ebene Rechnung.



Anschriftenverzeichnis der Mitgliederverbände der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen e.V.



**Arbeiterwohlfahrt
Bezirksverband Braunschweig e.V.**
Peterskamp 21
38108 Braunschweig
Tel.: 05 31 / 39 08 - 0
Fax: 05 31 / 39 08 - 1 08
E-Mail: info@awo-bs.de
Home: www.awo-bs.de

**Arbeiterwohlfahrt
Bezirksverband Hannover e.V.**
Körtingsdorfer Weg 8
30455 Hannover
Tel.: 05 11 / 49 52 - 0
Fax: 05 11 / 49 52 - 2
E-Mail: info@awo-bvh.de
Home: www.awo-bv-hannover.de

**Arbeiterwohlfahrt
Bezirksverband Weser-Ems e.V.**
Klingenbergstraße 73
26133 Oldenburg
Tel.: 04 41 / 48 01 - 0
Fax: 04 41 / 48 01 - 1 03
E-Mail: info@awo-ol.de
Home: www.awo-ol.de



**Caritasverband für die
Diözese Hildesheim e.V.**
Moritzberger Weg 1
31139 Hildesheim
Tel.: 05 11 21 / 9 38 - 0
Fax: 05 11 21 / 9 38 - 119
E-Mail: dicv@caritas-dicvhildesheim.de
Home: www.caritas-dicvhildesheim.de

**Caritasverband für die
Diözese Osnabrück e.V.**
Knappsbrink 58
49080 Osnabrück
Tel.: 05 41 / 3 41 - 0
Fax: 05 41 / 3 41 - 11
E-Mail: dicv-os@caritas-os.de
Home: www.dicvosnabrueck.caritas.de

**Landescaritasverband
für Oldenburg e.V.**
Neuer Markt 30
49377 Vechta
Tel.: 04 41 / 87 07 - 0
Fax: 04 41 / 87 07 - 610
E-Mail: info@lcv-oldenburg.de
Home: www.lcvoldenburg.caritas.de



**Deutsches Rotes Kreuz
Landesverband Niedersachsen e.V.**
Erwinstraße 7
30175 Hannover
Tel.: 05 11 / 2 80 00 - 0
Fax: 05 11 / 2 80 00 - 177
E-Mail: info@drklvnds.de
Home: www.drklvnds.de

**Deutsches Rotes Kreuz
Landesverband Oldenburg e.V.**
Kaiserstraße 13 – 15
26122 Oldenburg
Tel.: 04 41 / 9 21 79 - 0
Fax: 04 41 / 9 21 79 - 79
E-Mail: zentrale@lv-oldenburg.drk.de
Home: www.lv-oldenburg.drk.de



**Diakonisches Werk der Ev.-luth.
Landeskirche Hannovers e.V.**
Ebhardtstraße 3 A/Lutherhaus
30159 Hannover
Tel.: 05 11 / 36 04 - 0
Fax: 05 11 / 36 04 - 108
E-Mail: geschaefsstelle@diakonie-hannovers.de
Home: www.diakonie-hannovers.de

**Diakonisches Werk der Ev.-luth.
Kirche in Oldenburg e.V.**
Kastanienallee 9 – 11
26121 Oldenburg
Tel.: 04 41 / 2 10 01 - 0
Fax: 04 41 / 2 10 01 - 99
E-Mail: lv@diakonie-ol.de
Home: www.diakonie-oldenburger-land.de

**Diakonisches Werk der Ev.-luth.
Landeskirche Schaumburg-Lippe**
Bahnhofstraße 16
31655 Stadthagen
Tel.: 05 71 / 99 30 - 0
Fax: 05 71 / 99 30 - 66
E-Mail: info@diakonie-schaumburg-lippe.de
Home: www.diakonie-schaumburg-lippe.de

Diakonisches Werk der Ev.-ref. Kirche
Saarstraße 6
26789 Leer
Tel.: 04 91 / 91 98 - 0
Fax: 04 91 / 91 98 - 148
E-Mail: diakonischeswerk@reformiert.de
Home: www.reformierte.de

**Diakonisches Werk der Ev.-luth.
Landeskirche in Braunschweig e.V.**
Klostergang 66
38104 Braunschweig
Tel.: 05 31 / 37 03 - 000
Fax: 05 31 / 37 03 - 099
E-Mail: diakonisches.werk@diakonie-braunschweig.de
Home: www.diakonie-braunschweig.de



**Jüdische Wohlfahrt
Landesverband Niedersachsen**
Hindenburgstraße 2 – 4
30175 Hannover
Tel.: 05 11 / 8 1 27 62
Fax: 05 11 / 85 45 90
E-Mail: info@lola-fischel-haus.de



Paritätischer Wohlfahrtsverband Nds. e.V.
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel.: 05 11 / 52 48 6 - 0
Fax: 05 11 / 52 48 6 - 333
E-Mail: landesverband@paritaetischer.de
Home: www.paritaetischer.de

LAG·FW



Freie Wohlfahrtspflege in Niedersachsen

LAG-Geschäftsstelle

Ebhardtstraße 2
30159 Hannover
Tel.: 05 11 / 85 20 99
Fax: 05 11 / 2 83 47 74
E-Mail: info@lag-fw-nds.de
Home: www.lag-fw-nds.de

Europa-Büro der Freien Wohlfahrtspflege

Frau Juliane Bauer
Heiligengeisterstraße 28
21335 Lüneburg
Tel.: 0 41 31 / 2 21 49 90
E-Mail: europabuero-lueneburg@lag-fw-nds.de



Ecclesia Versicherungsdienst GmbH
Union Versicherungsdienst GmbH
VMD Versicherungsdienst GmbH
Frank Weßelborg
Klingenbergstraße 4
32758 Detmold
E-Mail: fwesselborg@vmd.de



Bank für Sozialwirtschaft

Bank für Sozialwirtschaft AG
Podbielskistraße 166
30177 Hannover
Tel.: 0511 / 34023 - 0
Fax: 0511 / 34023 - 523
Home: www.sozialbank.de



INSTITUT FÜR REGIONALWIRTSCHAFT GMBH

Autor der Studie

CIMA Institut für Regionalwirtschaft GmbH
Dr. Arno Brandt
Moocksgang 5
30169 Hannover
Tel.: 0511 / 22 00 79 - 65
E-Mail: regionalwirtschaft@cima.de
Home: www.cima.de/regionalwirtschaft



LAG·FW

Gestaltung:
mann und maus GmbH & Co. KG
www.mannundmaus.de

Fotos:
Christian Bierwagen, Peine

Stand November 2012

www.lag-fw-nds.de

Landesarbeitsgemeinschaft
der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen e.V.
Ebhardtstraße 2, 30159 Hannover
Tel.: 05 11-85 20 99 . Fax: 05 11-2 83 47 74
E-Mail: info@lag-fw-nds.de